

Die Niederlande

Marij Leenders¹

Die im Oktober 2010 vereidigte Regierung Rutte, eine Minderheitskoalition aus der liberalen VVD und der christdemokratischen CDA – die auf die Unterstützung der rechts-extremen PVV angewiesen war –, sorgte nicht nur im Inland, sondern auch bei den europäischen Partnern regelmäßig für Aufsehen. Das Kabinett war das Ergebnis der Wahlen vom 9. Juni 2010. Die Parteien der neuen Regierung verfügten mit 31 (VVD) und 21 Sitzen (CDA) nicht über eine eigene Mehrheit im Parlament. Mit der Unterstützung der 24 Abgeordneten der PVV erreichte sie die knappste denkbare Mehrheit: 76 der 150 Sitze. In der politischen Geschichte der Niederlande ist eine Minderheitsregierung ein Novum. Auch der *Eerste Kamer* (Senat) hatte die Regierung keine eigene Mehrheit und war bei ihren Gesetzesvorhaben abhängig von anderen Parteien, insbesondere von der kleinen streng-protestantischen SGP. Diese ebenfalls seltene Konstellation führte dazu, dass der Senat, der normalerweise eine gewisse Distanz zur Tagespolitik wahrt, ebenfalls politisiert wurde. Die Regierung musste somit im politischen Prozess eine doppelte Außenunterstützung mitberücksichtigen – die von der PVV in der *Tweede Kamer* und die der SGP in der *Eerste Kamer*.

Diese komplexe und einmalige Konstruktion erwies sich alsbald als unhaltbar. Im März 2012 begannen im Catshuis, dem Amtssitz des Premierministers, Verhandlungen zwischen den Koalitionsparteien VVD und CDA und dem „Tolerierungspartner“ PVV über die Ausarbeitung der für 2013 notwendigen Sparmaßnahmen. Diese Verhandlungen im Catshuis glichen gewissermaßen einer Neuauflage der langwierigen Verhandlungen, die in den Niederlanden üblicherweise bei der Regierungsbildung zu einem detaillierten Koalitionsabkommen führen. Ohne formelle Regeln oder Konventionen führte Mark Rutte diese Verhandlungen in einer Doppelrolle – Verhandlungsführer der VVD und Premierminister. Rutte und Finanzminister De Jager wollten die von Brüssel vorgegebenen Haushaltregeln genauestens einhalten (da die Niederlande zu den Befürwortern dieser Regeln gehört hatten). Geert Wilders und die PVV sperrten sich dagegen und auch die sozialdemokratische PvdA drohte ihre Unterstützung für den europäischen Finanzpakt zu widerrufen, sollte die Regierung zu rücksichtslos auf der Dreiprozentnorm für das Haushaltsdefizit beharren. Am 20. März zeigten die Schätzungen der Wirtschaftsweisen des *Centraal Plan Bureau* (CPB, Zentrales Büro für Wirtschaftsplanung), dass das Defizit für 2013 nochmals 0,1 Prozent höher sein würde. Somit mussten zusätzliche Sparmaßnahmen in Höhe von 9,6 Milliarden Euro anvisiert werden. Ende März erreichten die Catshuisverhandlungen eine kritische Phase: Wilders zögerte, da er sich mit keinem der vorgelegten Sparpakete identifizieren wollte. Die vorgeschlagenen Reformen in den Bereichen Rentenversicherung, Arbeitslosengeld, Entlassungsrecht und Pflegedienste waren für die PVV schwer hinnehmbar. Stattdessen wollte Wilders strengere, populistische Maßnahmen bezüglich Immigration

1 Übersetzt aus dem Niederländischen.

Mit Dank an Jan Ramakers, Centrum voor Parlementaire Geschiedenis, Nijmegen.

und Asyl. Während der Verhandlungen präsentierte der Frontmann der PVV die Ergebnisse einer von seiner Partei bei einem euroskeptischen Forschungsinstitut in England in Auftrag gegebenen Studie. Die Studie zeigte, dass sich die Rückkehr zum Gulden schnell rentieren würde, vor allem angesichts der hohen Kosten der Euroeinführung und der negativen Folgen der Gemeinschaftswährung auf das Wirtschaftswachstum und die Haushaltsbörsen der Bürger. Durch diesen Alleingang traten die Fragezeichen bezüglich des Zusammenhalts in der Regierung samt Tolerierung in den Vordergrund.

Am 21. April verließ Wilders endgültig die Besprechungen im Catshuis. Im Nachhinein wurde behauptet, dass er bereits sein Einverständnis mit allen Teilen des Maßnahmenpakets bekundet hatte, das Gesamtpaket aber dennoch ablehnte. Hiermit endete die Tolerierungskonstruktion und hingen alle geplanten Maßnahmen plötzlich in der Luft. Dies galt auch für von der PVV durchgesetzte Maßnahmen wie die Abschaffung der doppelten Staatsbürgerschaft, das Burka-Verbot und eine Reihe Verschärfungen der Immigrationspolitik.

Rutte bat die Königin am 23. April, die Regierung von ihren Aufgaben zu entbinden. Daraufhin wurden für den 12. September Neuwahlen angesetzt. In solchen Situationen bestimmt das Parlament, welche Themen politisch umstritten sind und somit von der geschäftsführenden Regierung nicht beschlossen werden dürfen. Spätestens am 30. April mussten die Niederlande aber ein für die Europäische Kommission akzeptables und ausreichendes Sparpaket vorlegen. Die Catshuisverhandlungen hatten gezeigt, dass dieses Paket alles andere als unpolitisch war. In einem politischen Coup ersten Grades waren es zum Staunen der Öffentlichkeit die Parlamentsfraktionen von VVD, CDA, GroenLinks, ChristenUnie und der linksliberalen D'66, die mit tätiger Mithilfe des Finanzministers De Jager als Vermittler ein neues Sparpaket schnürten. Dieses einmalige Bündnis aus Regierungs- und Oppositionsparteien präsentierte am 26. April ein Haushaltsreformpaket. Trotz Dränger der Grünen verweigerte die PvdA als einzige ihre Unterschrift unter das so genannten „Wandelgangabkommen“ oder auch „Frühlingsabkommen“: So konnten die Niederlande in letzter Minute den Brüsseler Forderungen gerecht werden.

Die *Tweede Kamer* reagierte (mit Ausnahme der PVV) wohlwollend auf die beim Europäischen Rat am 26. April beschlossene Bankenunion und Unterstützung für den Finanzsektor (Teile von Van Rompuy's Plan). Deutlich kritischer sah das Parlament das Verhalten von Premier Rutte, der kurz zuvor noch signalisiert hatte, größere Schritte im Integrationsprozess nicht mitmachen zu wollen. Er hätte sich ausboten lassen, meinten viele Abgeordneten und schlussendlich hätten die Niederlande durch seine verfehlte Verhandlungsstrategie kaum mitreden können.

Immigration und Wirtschaftskrise in den Niederlanden

Das Bevölkerungswachstum in den Niederlanden lag in den vergangenen zehn Jahren deutlich höher als der europäische Durchschnitt: Die Zahl der Einwohner stieg von 15,9 auf 16,6 Millionen, nicht durch Immigration, sondern vor allem durch eine höhere Geburtenrate. In keinem der 27 EU-Mitgliedsländer waren die relativen Immigrationszahlen niedriger als in den Niederlanden. Nur 22 Prozent dieses Wachstums beruht auf Immigration. Laut Statistikamt lässt sich diese abweichende Entwicklung auf die strengere Migrationspolitik zurückführen, aber auch ein Anstieg der Geburtenrate ist unverkennbar. Die Zahl der Frauen zwischen 20 und 40 ging in den letzten zehn Jahren um 3 Prozent zurück, aber die Zahl der Erstgebärenden legte im gleichen Zeitrahmen um 4 Prozent zu.²

Die makroökonomischen Eckdaten und Berichte für das erste Quartal 2012 waren besorgniserregend, das Vertrauen der Konsumenten ist weiter gesunken und die Arbeitslosigkeit angestiegen. Obwohl auch der Einzelhandel in diesem Quartal ein Minus von 6 Prozent verzeichnete, deutet sich eine leichte Konsolidierung an. Insgesamt war das Bruttonationalprodukt nicht weiter geschrumpft, sondern um 0,3 Prozent gewachsen: Ein Geschenk für den geschäftsführenden Premierminister und VVD-Parteivorsitzenden Mark Rutte, der in seiner Wahlkampagne dies sicherlich als Ergebnis seiner heilsamen Sparpolitik für sich beanspruchen wird.³

Mehr Europa oder weniger Europa?

In Regierung und Parlament besteht Uneinigkeit über die Frage, ob die intensivere wirtschaftliche Verflechtung und Kooperation in Europa auch zu mehr politischer Zusammenarbeit führen sollte. Premierminister Rutte vertritt die Meinung, dass keine zusätzlichen Kompetenzen an die Europäische Union abgetreten werden sollten. Während die linke SP und die PVV diese Ansicht teilen, sind PvdA, GroenLinks und D'66 davon überzeugt, dass eine Politische Union mittelfristig unumgänglich sei.

In der Wirtschafts- und Finanzpolitik befürworten der Premierminister und sein Finanzminister De Jager strengere Regeln und Sanktionen für die Haushaltsdisziplin insbesondere Griechenlands. Ebenso plädieren sie für einen Ausbau des Rettungsschirms. Dennoch wurden die Niederlande selbst vom Europäischen Kommissar für Wirtschaft und Währung Olli Rehn wegen des Nichteinhaltens der Haushaltsrichtlinien kritisiert. Nach dem Erreichen des „Frühlingabkommens“ lobte der Kommissar Den Haag zwar, aber bemängelte gleichzeitig, dass die Konzeptversion des Abkommens zu unverbindlich und vage sei, um die Ergebnisse wirklich abschätzen zu können. Die nahenden Wahlen würden außerdem erhebliche „Implementierungsrisiken“ bergen.

Im vergangenen Jahr gab es in verschiedenen Politikbereichen Konflikte zwischen Brüssel und Den Haag bezüglich Gesetzgebung Verträge oder Richtlinien. Den Niederlanden wurde beispielsweise vorgeworfen, die Umsetzung der europäischen Energierichtlinien und die Bestimmungen bezüglich der zu geringen Zahl der Stipendien für ein Auslandsstudium zu verschleppen. Auch im Bereich Streikrecht gab es Streitfragen. Bei drei größeren Konfliktthemen musste sich die niederländische Regierung allerdings schwere Vorwürfe gefallen lassen.

Für Unruhe sorgte an erster Stelle die Umsetzung von vier Abkommen mit Bezug auf die Schelde, die 2005 zwischen den Niederlanden und Belgien nach sechsjährigen Verhandlungen geschlossen worden waren. Ziel der Abkommen war sicherzustellen, dass der Hafen von Antwerpen auch für größere Frachtschiffe erreichbar bleibt. Dies erfordert das regelmäßige Ausbaggern des Meeresarms Westerschelde, ein geschütztes Naturgebiet in den Niederlanden. Diese Zerstörung von Naturgebieten macht eine Gegenleistung in Form von Renaturierungsprojekten notwendig. Zwischen den Niederlanden und Belgien wurde deswegen vereinbart, beispielsweise den Hedwigepolder, der zu einem kleinen Teil zu Belgien, aber hauptsächlich zu den Niederlanden gehört, der Natur zurückzugeben und die Deiche zu

2 'Bijdrage migratie aan bevolkingsgroei relatief gering', <http://www.cbs.nl/nl-NL/menu/themas/bevolking/publicaties/artikelen/archief/2011/2011-3417-wm.htm>; 'Meer vrouwen kiezen voor moederschap', <http://www.cbs.nl/nl-NL/menu/themas/bevolking/publicaties/artikelen/archief/2011/2011-3424-wm1.htm>.

3 <http://www.cpb.nl/cijfer/kortetermijnraming-juni-2011-economische-groei-trekt-iets-aan>.